

NRW-Sicherheit: Neue Wege zur Bekämpfung krimineller Clans

CDU-MdB Michael Breilmann unterstützt die Pläne von NRW-Innenminister Herbert Reul, der bei der Bekämpfung krimineller Clans neue Wege gehen will. Reul setzt sich für eine Bundesregelung ein, die es ermöglicht, Clanmitgliedern den Führerschein zu entziehen und die Autos wegzunehmen. „Seine Initiative, den Führerschein zur allgemeinen Verbrechensbekämpfung zu entziehen, hat meine volle Unterstützung!“, so das Innenausschussmitglied. Kriminelle Clanmitglieder zeigten sich gern in Nobelkarossen - häufig finanziert durch Straftaten. Mit diesen PKW begingen sie dann weitere Straftaten. „Gut, dass NRW seinen Druck auf kriminelle Clans und organisierte Kriminalität mit seiner Strategie der Nadelstiche fortsetzt“, so MdB Breilmann. Der Vorschlag ist auch Bestandteil des NRW-CDU-Landtagswahlprogramms.

Bundshaushalt 2022: Ampel-Regierung fehlt Prioritätensetzung

Der Bundestag hat am Freitag seine Beratung über den Haushalt für das laufende Jahr und zum Finanzplan 2021–2025 in erster Lesung abgeschlossen. Im Entwurf für 2022 sind 457,6 Milliarden Euro Gesamtausgaben geplant. In den kommenden Wochen wird über die Ausgaben- und Einnahmenplanung im Haushaltsausschuss weiterberaten. In seiner Rede in der Generaldebatte ist CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz hart mit der Scholz-Regierung und dem Bundeskanzler ins Gericht gegangen. „Wenn sie wirklich sagen, dass wir Zeitzegen einer Zeitenwende sind, dann müssen sie



Eröffnete als Oppositionsführer fulminant die Aussprache zum Etat des Kanzleramts: CDU-Chef Friedrich Merz in der Generaldebatte am Mittwoch im Deutschen Bundestag (Foto: privat)

durch diese Zeitenwende auch sichtbar und hörbar führen. Das erwarten wir vom Kanzler der Bundesrepublik.“

Die Union werde der Regierung genau auf die Finger schauen – insbesondere bei dem geplanten 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr. Um die dafür nötigen Schulden aufnehmen zu können, ist die SPD-geführte Bundesregierung auf die Zustimmung der Union angewiesen – weil für diese Aussetzung der Schuldenbremse das Grundgesetz geändert werden muss. Die Union werde diesen Weg nur mitgehen, wenn auch alle Abgeordneten der Koalition diesem Vorhaben zustimmen. „Wir sind nicht die Ersatzbank, wenn die Bundesregierung keine eigenen Mehrheiten hat“, so Merz. Die Bundesregierung müsse außerdem garantieren,

dass die der Nato zugesagten Ausgaben von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung eingehalten werden – und das dauerhaft.

Zudem kritisierte Merz die bisher vorgelegten Haushaltspläne der Bundesregierung. „Sie gehen von Annahmen aus, von denen wir schon heute wissen, dass sie einfach nicht stimmen.“ Der Bundshaushalt heiße nun „Kernhaushalt“ und werde bis zur Obergrenze der Schuldengrenze ausgeschöpft. MdB Michael Breilmann: „Der Scholz-Regierung fehlt Prioritätensetzung. Die Ampel hat einen Wohlfühlhaushalt geplant und in ihrem Koalitionsvertrag allen alles versprochen. Strukturelle Probleme werden mit geliehenem Geld lediglich kaschiert. Dieser Haushalt lädt die Probleme der Gegenwart jedoch bei zukünftigen Generationen ab. Das dürfen wir nicht hinnehmen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

nein, die Pandemie ist leider noch nicht vorbei. Das habe ich jetzt auch zu spüren bekommen. Zum Beginn der Woche hatte ein Routinetest und später ein PCR-Test



meine Corona-Infektion bestätigt. Ich habe mich umgehend in häusliche Isolation begeben. Alle engen Kontakte sind natürlich informiert worden. Ich bin sehr dankbar für den Schutz durch Impfung und Booster, der bei mir offenkundig für einen milden Verlauf sorgt. Danke für die vielen herzlichen Wünsche! Wie so viele Menschen seit zwei Jahren werde ich daher momentan wieder vollständig digital arbeiten. Ich hoffe mit Ablauf der regulären Quarantäne wieder persönliche Termine in der Region und in Berlin wahrnehmen zu können.

Schon ein bisschen bitter, dass ich so ausgerechnet die Haushaltswoche in Berlin verpasst habe: Meine vorgesehene Rede zum Haushalt 2022 der Bundesbauministerin musste kurzfristig eine liebe Fraktionskollegin übernehmen und meine erste Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, Lehrkräfte und Schüler der Fridtjof-Nansen-Realschule in Castrop-Rauxel, musste leider ohne mich den Reichstag erobern. Wir holen das Treffen baldmöglichst nach, versprochen! Danke an mein tolles Berliner Team, das unerschütterlich alles kurzfristig und hochprofessionell umgeplant und bewältigt hat.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Union will Innere Sicherheit in Deutschland stärken

Innenministerin Nancy Faeser hält angesichts neuer Bedrohungen zusätzliche Finanzmittel für den Schutz der Bevölkerung und die innere Sicherheit für erforderlich. Der Ukraine-Krieg werde finanzielle Belastungen nach sich ziehen, die in diesem Haushalt noch nicht berücksichtigt seien, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag in der Haushaltsdebatte. Der Haushalt 2022 sieht für das Innenressort knapp 15 Milliarden Euro vor. Ein Vergleich mit dem Vorjahresausgaben ist nicht möglich, da die für Bau und Wohnen zuständige Abteilung in ein eigenständiges Ministerium überführt wurde.

Unterstützung für eine Stärkung der Rolle des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe kommt von der Union. CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann sieht aber bei der Koordinierung der Verteilung der Ukraine-Flüchtlinge deutliche Führungsschwäche bei der Ministerin. Bundesweit sei in den Kommunen oft nicht bekannt, wann Busse mit Kriegsflüchtlingen zu erwarten seien. Angekündigte Busse kämen manchmal nicht, was zu Frustration bei ehrenamtlichen Helfern führe. Dieses Chaos gelte es abzustellen, so das Innenausschussmitglied. Faeser habe von Amtsvorgänger Seehofer ein wohlbestelltes Haus vorgefunden. Bei der Extremismus-Bekämpfung sei man aus voller Überzeugung an der Seite der Regierung. „Die Bekämpfung des Linksextremismus und auch des islamistischen Extremismus darf dabei aber nicht zu kurz kommen. Linksextremismus richtet sich fast immer gegen unsere Polizeibeamten, und das gilt es zu stoppen“, so das Innenausschussmitglied.

Energiekosten: Belastungen bei Bauen und Wohnen

Die Ampel-Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten angekündigt. Dazu erklärt CDU-MdB Michael Breilmann, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen: „Die Menschen von den galoppierenden Energiepreisen zu entlasten, ist richtig. Die Vorschläge sind aber ein bloßes Potpourri von Ampel-Wünschen und wenig zielgerichtet. Für die Bau- und Wohnungspolitik ist das Maßnahmenpaket eine herbe Enttäuschung. Das Effizienzhaus 55 als Mindeststandard bereits im Jahr 2023 vorzuschreiben, wird das Bauen sehr schnell sehr viel teurer machen. Auch die Pflicht, neue Heizungen bereits ab dem Jahr 2024 mit 65 Prozent Erneuerbaren Energien zu betreiben, ist unausgereift. Bei den Belastungen für die Menschen und die Unternehmen im Bereich Bauen und Wohnen wird die Ampel sehr konkret, bei der Begleitung durch notwendige Förderprogramme bleibt sie hingegen im Ungefähren. Dabei brauchen die Unternehmen und Bauwilligen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, um die notwendigen Investitionen anzuschieben und Kapazitäten aufzubauen.“

Fridtjof-Nansen-Realschule besucht den Bundestag



Die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Fridtjof-Nansen-Realschule aus Castrop-Rauxel besuchten mit den Lehrkräften Sylvana Dziuba und Uwe Spriewald im Rahmen der Abschlussfahrt die Bundeshauptstadt und waren auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann auch zu Gast im Reichstag. Sie verfolgten aufgrund der Corona-Pandemie aufgeteilt in kleinen Gruppen auf der Besuchertribüne eine spannende Plenardebatte des Bundestags. Aufgrund der kurzfristigen Corona-bedingten Verhinderung des Abgeordneten empfing sie Breilmanns Arbeiterteam, das ihnen Einsicht in die Arbeit des Parlaments und den Aufgabenbereich des Politikers gab. Das persönliche Gespräch mit MdB Breilmann, der seine herzlichen Grüße aus der häuslichen Quarantäne sandte, soll zeitnah nachgeholt werden. Zum Abschluss stieg man der Politik dann aufs Dach – man traf sich zum Gruppenbild bei herrlichem Wetter auf der Reichstagskuppel. (Bild:

Ampel lässt Kommunen im Regen stehen

Zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses vom Mittwoch erklärt CDU-MdB Michael Breilmann: „Insgesamt sind die vorgesehenen Entlastungen für die Kommunen enttäuschend. Durch die gestiegenen Preise für Strom, Öl oder Gas haben Kommunen erhebliche Mehrausgaben. Da ist die Senkung der Energiesteuer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Ampel lässt die Kommunen hier im Regen stehen und bürdet ihnen beim ÖPNV weitere Lasten auf. So soll es für 90 Tage ein Ticket für 9 Euro pro Monat geben. Das darf aber nicht zu einer Belastung der Kommunen als Träger des ÖPNV führen. Wir erwarten, dass die Länder den geplanten Zuschlag zu den Regionalisierungsmitteln nutzen, um Mindereinnahmen beim ÖPNV vollständig zu kom-

Impressum:

Ausgabe Nr. 05 der 20. Wahlperiode

25. März 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann